

Laibacher Zeitung.

Mr. 57.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50, für die Zustellung ins Haus halbj. 50kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 9. März

Insertionsgebühren bis 20 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 3mal 6 kr., 2mal 8 kr., 1mal 10 kr. u. s. w. Inseritionsstempel jedw. 20 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. März d. J. die Räte des böhmischen Oberlandesgerichtes Joseph K o s c h i n und Karl Ritter v. P i m b e c k, und zwar den ersteren zum Kreisgerichtspräses in Pilsen und den letzteren zum Kreisgerichtspräses in Leitmeritz allergnädigst zu ernennen geruht.

Herbst m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 7. März.

Die Abwiegelung erstreckt sich von Petersburg bis Belgrad. Auch Serbien folgt dem Wink des russischen Schutzherrn. Aus Belgrad 5. d. M. geht der „Debatte“ folgendes Privat-Telegramm zu:

„Fürst Michael läßt an die Cabinette von Wien, Paris und London sehr nachdrücklich gehaltene Erklärungen abgehen, besagend, daß er nicht daran denke, seine gegenwärtigen freundlichen Beziehungen zu dem Suzerän zu compromittiren.“

Die Thronrede des Königs von Preußen findet in den Pariser Blättern eine sehr günstige Beurtheilung, welche freilich theilweise einen ironischen Anstrich trägt.

Der „Temps“ findet, daß die Rede, mit welcher der König von Preußen die Session des preussischen Landtags geschlossen hat, die deutlichen Spuren des Bismarck'schen Einflusses an sich trägt; besonders sei dies der Fall, insofern die Ausdehnung der Selbstverwaltung der einzelnen Provinzen stark hervorgehoben werde. Uebrigens sei die Rede des Königs Wilhelm von dem Geiste der besondern inneren Befriedigung durchdrungen, der seit Sadowa alle Kundgebungen der Krone durchdringe. „Die Heiterkeit des Königs von Preußen,“ fährt der „Temps“ fort, „ist nicht geringer, was die auswärtige Politik betrifft. Er sieht durchaus keinen schwarzen Punkt am Horizont; er nennt keine auswärtige Macht, aber auf alle, selbst auf Oesterreich, richtet er gleich wohlwollende Blicke. Man kann nicht friedfertiger sein, und man wäre wahrlich versucht zu glauben, wenn man diese Sprache anhört, daß es nicht ferner in Europa schwebende Fragen gibt, und daß wir politische goldene Zeitalter eintreten werden. Wir zweifeln indessen sehr daran, daß die überaus versöhnlichen Versicherungen des Königs von Preußen die Zeitungsschreiber daran hindern werden, über die geheimnißvollen Gründe, welche die Reise des Prinzen Napoleon nach Norddeutschland veranlaßt haben, endlose Glossen zu machen.“ Auch das „J. de Débats“ hebt die Friedfertigkeit der Rede des Königs von Preußen hervor, welche vollkommen geeignet sei, die beruhigenden Nachrichten zu bestätigen, die von anderen Seiten eingehen.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. März.

(Schluß.)

Abg. Dr. Ryger (gegen) erklärt, der Aufhebung der Wuchergesetze als solcher durchaus nicht entgegenzusetzen zu wollen, findet aber seiner Stellung nach als Jurist unzumuthbar, daß man, wie es der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt, in die im Zuge befindliche Justizreform eingreifen wolle, anstatt sich darauf zu beschränken, einfach die Beschränkung im Zinsmaße anzuhoben.

Redner erklärt, er werde von diesem Standpunkte aus in der Specialdebatte den Antrag stellen, die ersten zwei Paragraphen des Gesetzes vom 14. December 1866 ihrem vollen Inhalt nach aufrecht zu halten, die übrigen Paragraphen dieses Gesetzes jedoch entfallen zu lassen.

Abg. Schindler: Wenn die bis jetzt bestehenden Wuchergesetze im Stande gewesen wären, die Nothleidenden vor der Gefahr und Bedrängnis des Wuchers zu schützen, so würden gewiß in den gesetzgebenden Versammlungen und in den durch sie vertretenen Kreisen nie Stimmen laut geworden sein, die einen besseren Schutz gegen diese Verwucherung begehrten hätten. Aber die Praxis hat uns gelehrt, daß die bestehenden Gesetze trotz aller Strenge den Wucher hintanzuhalten nicht im Stande gewesen waren, und es mußte demnach der Weg eingeschlagen werden, den Staat und Volkswirtschaft uns anzuweisen, die freie Concurrenz zu eröffnen, wie für alle Kräfte, so auch für das in unseren Zeiten so urkräftig wirkende Capital.

Man hat uns nun den Vorwurf gemacht, daß diejenigen, welche für das Gesetz stimmen würden, den Armen schutzlos lassen gegenüber dem Capital.

Ich will hier keine Erklärungen geben, denn es liegt in der Sache und im Verlaufe unseres Verfassungs- und öffentlichen Lebens, daß die Partei, der ich angehöre, in ihrem Herzen die Armuth und ihre Bedürfnisse ebenso warm aufgenommen hat, als eine andere, welche dieses Princip der Wohlthätigkeit an einem anderen Orte einmal mit solcher Exklusivität auf ihre Fahne schrieb, daß ein ausgezeichnete Kirchenfürst behauptete, das Wohlthun wäre erst mit dem Christenthum, mit dem Katholicismus angekommen, wo ihm ein Redner erwiderte, die Menschheit habe mit der Bethätigung dieser edlen Gefühle nicht bis auf die Ankunft des Christenthums gewartet. (Bravo! Bravo!)

Wenn man uns sagt, wir haben die Armuth schutzlos gelassen, wenn wir dieses Gesetz annehmen, so dürfen wir bezüglich der Wichtigkeit dieser Anschuldigung an die Mündigkeit unserer Mitbürger appelliren.

Ist sie sich ihrer Interessen, ihrer bürgerlichen Stellung und ihrer bürgerlichen Bedürfnisse bewußt, diese Anzahl von Staatsbürgern, welche betroffen wird, so wird sie ganz gewiß zu rechnen wissen, und sich nicht in solche unglückliche Darlehensverträge stürzen. Ist sie sich aber vielleicht dieser Gefahren nicht bewußt, fehlt ihr vielleicht die Einsicht, fehlt ihr vielleicht die allgemeine Bildung, tritt auch da vielleicht die großgezogene Unwissenheit hindernd entgegen, dann, meine Herren, suchen Sie diesen Grund der Unwissenheit nicht in unserer Gesetzen, die wir gemacht haben, suchen Sie sie in den Gesetzen, die früher gemacht worden sind (Bravo!), und wenn der Gegenredner von einem ruinirten Stamme sprach, der aus unseren Gesetzen emaniren soll, so sage ich ihm von einem geschädigten Stamme, den wir aufzurichten, dessen Wiedergrünen wir zu bezwecken haben, und der verschuldet worden ist, von seiner Partei (Rufe: Sehr gut!), von den Gesetzen, die sie durchzusetzen wußte (Bravo! Sehr gut!), und welche sie in dem gegenwärtigen Augenblicke mit den gesetzwidrigen Mitteln aufrecht zu erhalten sich bestrebt. (Lebhafte Beifall.)

Wo die Verarmung der Staatsbürger besteht, meine Herren, der Fortschritt, der so viel verlästerte, er hat sie nicht auf seinem Gewissen. Aber daß der Reichthum gerade dort nicht blüht, wo jene Gegenpartei, die heute diese weit greifende Rede in dieses Haus gesendet hat, herrscht, das ist eine statistisch nachweisbare Wahrheit. (Sehr gut!)

Ich muß aufrichtig gestehen, daß die Rede des beredten Geistlichen aus Tirol mich stungig gemacht hat. Ich bin ihr eine Zeitslang gegenüber gestanden, und wußte nicht, wo sie hinaus will. Einen Augenblick zog mir der Gedanke durch den Kopf: das hast du schon öfter in der Geschichte gefunden, daß der Ultramontanismus, wenn er seine Kraft und Stütze in den höheren Regionen verliert, den Boden unten aufwühlt (lebhafter Beifall. Sehr richtig!), um unten jene Stütze zu finden, die ihm oben durch den unüberstehlichen Drang und Druck der Zeit verloren gegangen ist. (Sehr gut! Bravo!)

Aber ich muß gestehen, ich denke vor meinen Gegnern viel zu edel, als daß ich so etwas glauben sollte. (Heiterkeit.) Ich mußte mich daher beschäftigen, zu fragen, warum denn Schulz-Delisch und Lassalle in diesem Hause citirt werden mußten, warum denn diese sociale Frage gerade in diesem Augenblicke in dieses Haus geworfen wird? Ich bin überzeugt, meine Kollegen haben, während der Redner sprach, denselben Gedankengang verfolgt, der mich besetzte, und die Erklärungsgründe für diese Rede anzugeben, dürfte für mich eine ganz überflüssige Bemühung sein. Da sie aber nicht so sehr für diesen Raum, sondern vielmehr zum Fenster hinaus gehalten worden ist (Heiterkeit. Rufe: Sehr gut!), so erlauben Sie mir dennoch, doch das Unstichhaltige einiger der wesentlichen hervorragenden Gründe anzuführen, damit jenen, welche sich über dieselben freuen, ihre Freude abgeföhlt, und jene, die uns gegenüber durch dieselben in Besorgnis gerathen wären, wiederum die Beruhigung finden, welche die Sachlage ihnen einflößen kann. Man hat uns da eine Geschichte vom Mittelalter erzählt, eine Geschichte vom Mittelalter, in welchem ein Capital nicht existirt haben soll. (Mittelalterliche Staats- und Volkswirtschaften dürften im Mittelalter kein Capital entdeckt haben, und es passirt dem Mittelalter noch in der neuen Zeit, daß es mit den Augen des Mittelalters beurtheilt wird. (Heiterkeit.)

Daß es kein Capital gegeben hätte, ist ganz unrich-

tig. Gar keine Arbeit vermag ohne Capital productiv zu sein; eine Arbeit, die productiv ist und kein Capital hat, wird endlich ein leeres philosophisches Herumschalten mit den Händen in der Luft, um irgend etwas zu erreichen. Wenn der Deutsche im Mittelalter seinen Pflug einsetzte, um der Erde durch seinen Fleiß das Brod abzugewinnen, so löst der Volkswirth diese Thätigkeit in zwei natürliche Factoren: in die Arbeit und in das Capital, sofort auf. Der handelnde Mensch ist die Arbeit, der Pflug und der Boden ist das Capital. Ob aber das Capital des Mittelalters sich mit jener Freiheit bewegen konnte, wie jetzt, das ist eine andere Frage, und ob die Freiheit des Capitals, mit welcher es sich jetzt bewegt, diese vehementen Vorwürfe, diese Drohungen, dieses Aufschreien verdient wegen des Elends, das es über die Welt gebracht haben soll, das lassen Sie mich, meine Herren, an der Hand eines ausgezeichneteren Kopfes als der meinige ist, ein wenig verfolgen.

Dieser vortreffliche Mann zieht eine Parallele zwischen den socialen Verhältnissen des Mittelalters und denen der Gegenwart, und würdigt das Capital in seiner Wirksamkeit mit folgenden kurzen aphoristischen Sätzen: „Dem Capitale danken wir fast alle Fortschritte des menschlichen Geistes; alle Erfindungen der Wissenschaft bleiben unproductiv, ohne das Capital, das ihnen praktische Vethätigung gewährt. (Rufe: Richtig!) Dem Capitale verdanken wir jeden Fortschritt auf wissenschaftlichem Gebiete; diesen Fortschritten verdanken wir die Ausbreitung des Reichthums und des Genusses über weite, weite Kreise. Ihm verdanken wir die Verminderung des allgemeinen Elends, welches in dieser allgemeinen Ausdehnung ein Charakteristicum des Mittelalters war (Rufe: Bravo! Bravo!), jenes Mittelalters, das vom Absolutismus und von der geistlichen Gewalt in Fesseln gehalten war. (Beifall. Rufe: Sehr richtig!) Diesem Capitale verdanken wir eine glücklichere und gleichmäßigere Vertheilung der Güter, eine humane Verwendung des Reichthums.“

Meine Herren! Wenn der Mangel des Capitals und der von den Darleihern zu bestreitenden Zinsen in dem Mittelalter und in den zunächst daran grenzenden Jahrzehnten im Staube gewesen wäre, die Gefahren der socialen Fragen von den Reichen wegzuhalten, so müßte man mir doch die Antwort geben, wie hat man denn in jenen Zeiten die socialen Gründe der Reformation und des Bauernkrieges vorgeschunden, wenn sie gar nicht existirt hatten, und sie hätten nach der Meinung des Abgeordneten Greuter gar nicht existiren können, weil das Capital, die Gebärerin all' dieses Elends, nicht existirt hat. Aber, meine Herren, lesen Sie die Satyren Ulrich Hutten's und lesen Sie den Erasmus von Rotterdam, blättern Sie nach in den merkwürdigen historischen Volksliedern des deutschen Volkes; lassen Sie sich in den Zeiten, wo das Capital nicht existirt haben soll, aufrollen die Bilder verschiedener weltlicher und nicht minder geistlicher Höfe; zählen Sie nach die Hunderttausende, die im Mittelalter zu Grunde gegangen sind an Elend, an Hunger, an Seuchen (Rufe: Sehr gut!), und dann frage ich Sie, meine Herren, ist das Capital ein Schaden? Ist dieses bleibende Denkmal des vorübergegangenen Fleißes nicht eine unererschöpfliche Urne edler Genüsse und freierlicher Ausbildung? (Beifall.) Wollen Sie sich vielleicht zurückwenden in die Zeiten vor 800 Jahren, wo ein Hemd am Leibe zu tragen einer der Hauptvorzüge des Reichthums königlicher Prinzessinen war? (Bravo! Bravo!) Wollen Sie jene Zeiten zurückrufen als Beispiel, wollen Sie diese wirtschaftliche Irrlehre verbreiten, in einer Zeit, wo Wohlthaten und Lebensgenüsse jedem Bettler durch die Kräfte des Staats zur Verfügung gestellt sind, und wo nur ein Selbstverschulden oder ein unglücklicher plötzlicher Zufall den Sterbenden zwingt, in der letzten Stunde sein Haupt unter freiem Himmel auf einen Stein niederzulegen? denn die Gesellschaft bereitet jedem ein weiches Sterbekissen. (Bravo! Bravo!)

Man bekommt da ganz eigenthümliche Deductionen aus der Geschichte zu hören. Die französische Revolution, die so gern von gewissen Herren citirt wird, hat das Capital emancipirt und hat es dahin gebracht, daß man die Arbeit auf dem Markte kaufen kann. Das soll nun so recht das Herz unserer arbeitenden Mitbürger empören. Das soll nun so recht zeigen, wie der moderne Fortschritt sie in die Sklaverei getrieben hat. Die Arbeit kann man kaufen, ja, meine Herren, denn sie ist ein Werth und schafft Werthe, und daß man die Arbeit kaufen kann, und daß der Arbeiter seine Arbeit von seiner Person scheidet und als sein Eigenthum verwerthen

kann (Rufe: Sehr gut), das ist eine Errungenschaft der Neuzeit. (Rufe: Sehr gut! Bravo! Bravo!) Aber die Leibeigenschaft, wo man die Arbeiter kaufen konnte (lebhafter Beifall), die suchen Sie, meine Herren, im Mittelalter (lebhafter Beifall), und dessen Zustände rufen Sie uns nicht zurück. (Rauschender, lang anhaltender Beifall.) Wir wuchern mit der Arbeitskraft?! meine Herren, ich weiß aber Menschen, die wuchern mit der Leichtgläubigkeit des Volkes (lebhafter Beifall), die halten ihm klappernd ihre Sammelbüchse unter die Nase und schreiben in ihren Hirtenbriefen, es sei Heuchelei, wenn man sagt, daß die Armuth mehr Recht hat auf unser Geld als andere, die in fernen Palästen wohnen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren Gegner! Gehen Sie nicht hin und wiegeln Sie nicht jene auf, die wir zu beruhigen trachten. (Bravo! Sehr gut!)

Daß diese, auf welche die Reden zum Fenster hinausblitzen sollen, in der Lage sind, ihre socialen Fragen jetzt frei zur Sprache zu bringen, das verdanken sie, meine Herren Gegner, nicht Euch, das verdanken sie uns. (Lebhafter Beifall.) Die Rechte, die ihnen gefehlt haben — ist vielleicht die Initiative, sie zu geben, von unseren Gegnern ausgegangen? Waren Sie nicht diejenigen, die laut und geheim, die bis zu dieser Stunde die wiedergewonnene Ordnung der Dinge zu zerreißen, zu untergraben bestrebt sind? (Rufe: Sehr gut! Bravo! Bravo!) Nein, meine Herren, machen Sie die Leute nicht irre auf dem Wege, auf dem sie glücklich werden können.

Als das Vereinsgesetz an die Tagesordnung kommen sollte, da kam zu mir eine Deputation von Arbeitern. Sie entwickelten mir ihre Wünsche, sie sprachen, was sie von der Gesetzgebung erwarten, und ich hörte sie mit Freude an, denn ihre Wünsche waren durch die unabwiesbaren Rücksichten des Staates begrenzt und im guten Verständnisse des Staatsbürgerthums und des Staatswohlstandes begründet.

Ich versprach diesen Männern ihren Wünschen hier im Hause Ausdruck zu leihen; nur sagte ich, bitte ich Euch um Eines, daß ich mich auf Euch verlassen kann.

Da trat ein frischer junger Mann hervor und sagte: „Herr, wie verstehen Sie das?“ Ich gebe ihm zur Antwort: „Ihr müßt an uns glauben und jenen Versuchungen widerstehen, die bald roth, bald schwarz gefärbt an Euch heranzutreten im Stande sein werden.“ (Heiterkeit. (Rufe: Sehr gut!))

Meinem Freunde, dem Minister des Innern, der die Arbeiter bei einer Audienz an die staatsbürgerlichen Pflichten geistreich mahnte, haben sie zur Antwort gegeben: „Wir werden nicht vergessen, daß wir Oesterreicher sind.“ Das Volk sieht immer nur nach Oesterreich, immer mitten hinein, nicht über die Berge hinaus, wo andere sind als Oesterreicher. (Rufe: Sehr gut! Ausgezeichnet!)

Diese Herren, die mich damals mit ihrem Vertrauen beehrten, haben Wort gehalten, sie haben Vertrauen zu den Gesetzen des Kaisers, zu der Hochherzigkeit des Monarchen; sie vertrauen den Männern, die sie hieher gesandt haben, und als die Agenten, die damals weder roth noch schwarz waren, denn sie waren blau gefärbt (Heiterkeit), an sie herantraten, da haben sie ihnen mit aller Schnellkraft ihrer Muskeln die Thüre gewiesen, und ich bin überzeugt, sie werden unsere Stimme hören und auch die schwarzen Agenten dorthin weisen, wohin die blauen gegangen sind. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schubert plaidirt für die möglichste Freiheit des Capitals. Die Aufgabe des Staates sei es, den Frieden zu erhalten, die Kosten des Staatshaushaltes möglichst zu vermindern, das Eigenthum zu schützen; was darüber hinausgehe, sei nicht Sache der Regierung, das werden schon das Volk und seine Vertreter zu regeln wissen.

Redner tadelt an dem vorliegenden Entwurfe nur den einen Umstand, daß derselbe in vielen Punkten zu weit gehe und sich auf Bestimmungen erstreckt, welche mit dem Begriff des Wuchers nicht im notwendigen Zusammenhange stehen, und erklärt, sich die bezüglichen Anträge für die Specialdebatte vorbehalten zu wollen.

Abg. Freiherr v. Benst: Wenn ich gelegentlich der heutigen Verhandlung zum ersten male in meiner gegenwärtigen Stellung mir das Wort erbitte, so geschieht es darum, weil ich voraussetzen darf, daß es für das hohe Haus vielleicht nicht ganz ohne Interesse ist, zu vernehmen, welche Erfahrungen anderwärts und namentlich in dem Lande gemacht wurden, dem ich früher angehörte. Dort ist die hier heute in Verhandlung stehende Frage schon seit längerer Zeit angeregt worden, und man begreift, daß in einem wesentlich industriellen Lande gerade diese Frage eine erhöhte Bedeutung gewinnen mußte.

Ich erwähne, daß, so oft diese Frage auftauchte, sich ein sehr erheblicher Widerstand dagegen aus verschiedenen Kreisen zeigte, daß aber dieser Widerstand zuletzt doch gebrochen wurde und die Aufhebung der Wuchergesetze erfolgte. Man ging dabei wesentlich von den Gesichtspunkten aus, welche im Berichte hervorgehoben sind, und namentlich war es die Erfahrung, die man zu beherzigen hatte, daß es sich nicht allein hier um Gesetze handelt, welche schwer zur Ausführung zu bringen sind, und welche in den meisten Fällen sich als unwirksam erweisen, sondern daß diese Gesetze geradezu den

Erfolg hatten, denjenigen zugute zu kommen, gegen welche sie gegeben waren. Gerade dort hatte die Erfahrung zur Evidenz herausgestellt, daß durch die Wuchergesetze das Monopol für die Beschaffung des Capitals zu höheren Zinsen in die Hände der gewerbsmäßigen Wucherer gelegt war, und daß gerade, je mehr das Bedürfnis der Beschaffung von Capital zu höheren Zinsen stieg, diese Classe sich bereichern mußte, weil der ehrliche Theil ihr das Feld überlassen mußte und überdies eben der gewerbsmäßige Wucherer noch den Vorzug hatte, sich das Risiko seiner Bestrafung von dem Geldnehmer bezahlen zu lassen.

Die Wuchergesetze sind aufgehoben worden, und so viel mir bekannt ist, haben die Erfahrungen sich als durchaus günstig erwiesen und die Besorgnisse, welche man an deren Aufhebung geknüpft hatte, hatten sich nicht verwirklicht. Ich glaube auch, daß im allgemeinen die Erfahrungen, welche in anderen Ländern gemacht wurden, keine ungünstigen gewesen sind.

Es hat ein geehrter Redner auf dieser Seite des Hauses (auf das rechte Centrum weisend) an England erinnert und darauf hingewiesen, welches unendliche Elend dort neben großem Reichthum zu Tage getreten sei und noch zu Tage trete. Diese Erscheinungen sind bekannt, aber es ist wohl ebenso bekannt, daß sie mit anderen Ursachen zusammenhängen, als mit der Wuchergesetzgebung. In dem Lande, von dem ich eben sprach, da lebt eine zum Theil sehr arme Bevölkerung dicht gedrängt auf engem Gebiete, und dort verhungert gleichwohl Niemand, weil diese Bevölkerung allerdings gewohnt ist, sehr viel zu arbeiten, und an sehr vielen Tagen des Jahres zu arbeiten (lebhafter Beifall links), weil diese Bevölkerung gewohnt ist, schon in der Schule zu lernen die Wechselwirkung zwischen Capital und Arbeit, zu lernen, wie man es anfangen müsse, daß das Capital der Arbeit und nicht die Arbeit dem Capital dienstbar werde, und deshalb schreckt man dort nicht vor dem zurück, was man „Finanzbarone“ nennt, weil man eben die Mittel sich zu verschaffen weiß, an deren Reichthum für das Vermögen der Gesamtheit im Volke sich zu betheiligen. Ich füge hinzu, daß auch diese Bevölkerung zufrieden in diesem Zustande sich befindet, weil sie — und hiemit glaube ich die gute Stimmung jenes geehrten Redners zu gewinnen — wie bekannt, mit Mäßigkeit und Genügsamkeit zu leben versteht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Greuter: Se. Excellenz der Reichskanzler hat uns soeben Sachsen als Beispiel eines glücklichen Zustandes der Arbeiter vorgeführt, weil sie dort mehr Tage als bei uns in Oesterreich arbeiten. (Unruhe links.) Ich begreife, was darunter verstanden werden soll. (Rufe links: Sehr gut! Unruhe.)

Präsident: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Greuter (fortfahrend): Ich frage aber, meine Herren, wenn man der Kirche des Mittelalters so große Vorwürfe macht — sie hat wenigstens für die Leibeigenen von ihren Tyrannen das errungen, daß, während sie sechs Tage arbeiteten, sie am siebenten Tage für ihre Arbeit der sechs Tage noch zu essen hatten. Heute geht man aber so weit, daß diese modernen Tyrannen vom Volke verlangen: „Ihr müßt sieben Tage arbeiten (Rufe links: Nein! Nein! Unruhe), denn arbeitet Ihr nicht sieben Tage, so habt Ihr den siebenten Tag nichts zu essen.“ Das ist der eigentliche Grundsatz, welchen das moderne Capital aufstellt, und daher der Kampf für die Abschaffung der Feiertage.

Welches System, frage ich Sie, ist nun herzlos, das eine, welches dem armen Arbeiter einen Tag in der Woche vergönnt, oder das andere, welches ihn auch an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten zwingt? (Wiederspruch.)

Auf die übrigen mehr persönlichen Bemerkungen, bemerkt Redner, gehe ich nicht ein. Ich habe ja nichts als Thatsachen vorgeführt, und die Thatsache wird man nicht leugnen können, daß der Arbeiterstand im Großen und Ganzen ein armer Stand ist, und daß, wenn das so fortgeht, es nach und nach keine anderen regierenden Häuser mehr geben wird, als die Bankhäuser.

Abg. Senke wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Greuter.

Die Generaldebatte ist geschlossen. Berichterstatter Dr. Klier vertheidigt den Ausschufsantrag gegenüber den Bemerkungen der Abgeordneten Greuter und Dr. Nyger.

Die Specialdebatte wird eröffnet: § 1 des Gesetzes lautet: „Die bisher bestehenden gesetzlichen Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes und der Höhe der Conventionalstrafe treten außer Kraft.“

Abg. Dr. v. Berger beantragt, daß § 1 dahin zu formuliren wäre: „Die bisher bestehenden gesetzlichen Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes, sowie die Beschränkungen über die Höhe der Conventionalstrafe bei Darlehen oder anderen creditirten Geldforderungen treten außer Kraft.“

(Der Antrag ist hinreichend unterstützt.) Abg. Dr. Nyger beruft sich auf seine bereits in der Generaldebatte gemachten Bemerkungen, und hebt namentlich hervor, daß die Tendenz, welche sich sowohl in den vorliegenden Petitionen, als auch in der öffentlichen Meinung manifestirte, nur dahin gehe, daß der

Zinswucher als solcher und dessen Strafbarkeit beseitigt werde, daß jedoch die weiteren Eingriffe in das Privatrecht, wie selbe das vorliegende Gesetz anstrebe, noch keine Befürwortung in der Öffentlichkeit vorgefunden haben.

Im Hinblick hierauf stellt Redner deshalb den Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Die §§ 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 des Gesetzes vom 14. December 1866 werden aufgehoben.

2. Mein Justizminister wird mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

Der Antrag findet im rechten Centrum hinreichende Unterstützung.“

Abg. Dr. Ritter v. Limbeck unterstützt den Antrag des Dr. Nyger.

Justizminister Dr. Herbst: Ich halte mich für verpflichtet, bei diesem Paragraphen einige Worte, und zwar für denselben zu sprechen, jedoch mit einer Modification, welche im wesentlichen der von dem Herrn Abg. Berger vorgeschlagene ähnlich ist.

Vorerst glaube ich mich der Anschauung nicht anschließen zu können, daß die bloße einfache Aufhebung der weiteren Paragraphen der kaiserlichen Verordnung vom 14. December mit Ausnahme der ersten zwei Paragraphen genügen würde, sondern ich bin vielmehr der Ueberzeugung, daß dadurch nur Controversen Thür und Thor geöffnet würden.

Er beantragt im Namen der Regierung, nach den Worten „der Höhe der Conventionalstrafe“ beizusetzen: „bei Darlehen und creditirten Forderungen.“

Abg. Dr. Sturm bezeichnet den vom Dr. Nyger gestellten Antrag juristisch und politisch für unzulässig. Die juristische Unzulässigkeit desselben sei bereits aus den Ausführungen des Herrn Justizministers klar geworden. Was die politische Unzulässigkeit dieses Antrages betrifft, so müsse er darauf aufmerksam machen, wenn Dr. Nyger der Meinung ist, daß der von ihm vorgeschlagene Gesetzentwurf genüge, so hätte er ihn als Entwurf verfassen und dessen Annahme im Hause bevorzugen müssen, dem Hause aber zu empfehlen, eine verfassungswidrige, ohne Zustimmung der gesetzgebenden Factoren erlassene kaiserliche Verordnung zum Gesetze zu erheben, das halte er (Redner) politisch für unzulässig und würde die politischen Nachtheile eines solchen Beschlusses viel höher achten, als jeden Vortheil der juristischen Legislation. (Rufe links: Sehr gut!) Der Antrag Nyger gehe noch viel weiter, als bis zur Anerkennung der kaiserlichen Verordnung vom 14. December 1866, er stempelt dieselbe ausdrücklich und wörtlich zum Gesetze. Dies sei vollkommen unzulässig. (Bravo! Bravo! links.)

Abg. Dr. Nyger replicirt. Abg. Dr. Leonardi spricht sich gegen den Antrag Nygers aus.

Abg. Dr. v. Berger conformirt sich mit dem vom Justizminister gestellten Antrag, nachdem derselbe im wesentlichen mit dem seinigen übereinstimme.

(Der Antrag des Justizministers wird von allen Seiten des Hauses unterstützt.) Bei der Abstimmung wird der Antrag Nygers abgelehnt. Für denselben stimmt ein Theil des rechten Centrums.

§ 1 wird hierauf nach dem Ausschufsantrage mit dem vom Justizminister gestellten Amendement mit großer Majorität angenommen.

Präsident beantragt den Schluß der Sitzung, nachdem noch eine Ausschufwahl nach der Plenarsitzung stattgefunden hat und für Nachmittag eine Reihe von Ausschufsitungen angemeldet ist. (Angenommen.)

Als nächsten Sitzungstag bestimmt Präsident Montag 10 Uhr und stellt auf die Tagesordnung:

1. den Bericht des Budgetausschusses über das Gesetz, betreffend den Staatsvorschuß an Galizien;
2. Fortsetzung der Debatte über die Wuchergesetze;
3. zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Staatsrathes;
4. zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Regelung des Verfahrens bei Eidesablegungen vor Gericht;
5. Petitionsbericht des volkwirtschaftlichen Petitionsausschusses.

Präsident: Bei dem nahen Schlusse der Session (Widerspruch von mehreren Seiten) — möglicherweise, denn die Session dauert bereits 10 Monate — wird es nothwendig, den künftigen Geschäftsgang etwas näher zu präcisiren.

Die Ausschüsse sind in vollster Thätigkeit und sehr viele Mitglieder derselben werden beinahe von der Last der Geschäfte erdrückt. Nichtsdestoweniger möchte ich die Herren bitten, nicht zu ermüden. Es liegt wesentlich daran, in kurzer Zeit so viel als möglich Material zu bekommen, um dasselbe an das Herrenhaus leiten und diesem Gelegenheit bieten zu können, ununterbrochen Sitzungen zu halten.

Ich glaube, daß wir diese Rücksicht dem Herrenhause schuldig sind. Ich würde daher vor allem großen Werth darauf legen, daß ich bald in der Lage wäre, das Gesetz über die Disciplinar-Behandlung richterlicher Beamten und die Concursordnung, sowie die confessionellen Gesetze (Bravo! Bravo!) an die Tagesordnung zu setzen.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen. Schluß der Sitzung halb 3 Uhr.

Authentisches über die Concordatsfrage.

Wien, 5. März. Die „Br. Abdpst.“ schreibt: Wir haben im heutigen Morgenblatt eine Erzählung in Bezug auf die Verhandlungen mit dem heiligen Stuhle über die Concordatsfrage, welche hiesige Abendblätter dem „Pester Lloyd“ entnommen hatten, als eine Erfindung bezeichnet und uns vorbehalten, auf die Sache zurückzukommen. Indem wir dies thun, lassen wir zunächst den Artikel des „Pester Lloyd“ folgen. Er lautet:

Wenn einst ein Geschichtschreiber die bewegte Geschichte unserer Tage zu schreiben haben wird, dann dürfte ihm ein Moment besonders räthselhaft erscheinen, die offen zu Tage tretende Zerfahrenheit im Schooße unserer Regierung oder richtiger Regierungen in Betreff der Concordatsfrage. Man hat es als eine fühlbare und beklagenswerthe Lücke im Rothbuch angesehen, daß in demselben der Verhandlungen mit Rom mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt ist; und es mußte diese Lücke um so bedauerlicher erscheinen, als, was gleichfalls sehr vermerkt wurde, der „Volkstreund“ die Gelegenheit wahrnahm, zu erklären, es werde bald die Zeit kommen, wo es sich zeigen werde, daß er (der Volkstr.) ein besserer Freund des Freiherrn v. Beust sei, als jene, die sich heute so nennen. Auf die in so hohem Grade dunkle Partie des österreichischen Rothbuches werfen nun die nachstehenden verbürgten Thatsachen ein Schlaglicht, ausreichend, um sich gehörig zu orientiren. Die Verhandlungen mit Rom gehören doch unzweifelhaft in den Ressort des auswärtigen Amtes. Sie wurden denn auch ganz diplomatisch eingeleitet und, bei allem Respekt vor der allerselbst anerkannten diplomatischen Begabung unseres Reichskanzlers, scheint er denn doch in Antonelli seinen Meister gefunden zu haben.

Mit einer Plötzlichkeit, welche selbst nordische Naturen frappiren mußte, erklärte Rom, daß man ihn mit Unrecht den Vorwurf mache, es siehe auf seinem non possumus, da man ihm doch nicht zumuthen könne, es solle in Verhandlungen eintreten, deren Ziel und Zweck man ihm officiell gar nie kundgegeben. Der „Volkstreund“, welcher die Wandlungen Roms am getreuesten wiedergespiegelt, that auf einmal ganz verwundert und berief sich ein und das andere mal auf den gewissen Paragraph des Concordats, welcher die Möglichkeit der Vereinbarung von Abänderungen offen hält.

Baron Beust ließ sich gefangennehmen. Vielleicht schmeichelte es seinem diplomatischen Bewußtsein, jenes Rom, das sich gegenüber früheren Regierungen so spröde gezeigt, endlich zu „Concessionen“ bewogen zu haben. Kurz und gut, er zeigte nicht übel Lust, sich auf Unterhandlungen einzulassen. Den Mitgliedern des cisleithanischen Cabinettes, minder diplomatisch, dafür um so misstrauischer, wollte diese plötzliche Nachgiebigkeit Roms nicht recht begreiflich erscheinen, und es bedurfte nur eines Blickes in das Portefeuille des Justizministers, um die veränderte Haltung des Vaticanus zu erklären. Das Ehe- und das Schulgesetz, welche bekanntlich beide im Abgeordnetenhaus bereits votirt sind, und deren Annahme im Herrenhaus außer Zweifel steht, hätten sofort auf die lange Bank geschoben werden müssen, sobald man auf den römischen Köder anbiß. Es war dies um so gefährlicher, als die römische Curie durchschimmern ließ, daß sie, von der bedrängten (Finanz-) Lage des Kaiserreiches ergriffen, auch zu finanziellen Opfern bereit sei und in eine Belastung des Kirchengutes eventuell willigen zu wollen erklärte. Da hieß es nun rasch entschlossen handeln, und dem Justizminister Dr. Herbst gebührt das Verdienst, es erwirkt zu haben, daß die Instructionen für Crivelli im cisleithanischen Ministerium und nicht in einer Kanzlei am Wallplatze entworfen wurden. Diese Instruction mußte so beschaffen sein, daß sie Rom keine Zeit ließ, gegen die im Entstehen begriffenen Gesetze Winkelzüge zu machen, sie mußte geradezu Rom eine Pistole auf die Brust setzen. Und das ist denn auch der Fall. Im Eingange der Instruction erklärt die kaiserlich österreichische Regierung, daß, bevor sie sich überhaupt in Verhandlungen wegen Revision des Concordats einlassen könne, Rom zu den staatsgrundgesetzlich verbürgten Gesetzen über Schule und Ehe seine Zustimmung geben müsse.

Rom antwortete darauf mit der — Verschiebung der Audienz des Grafen Crivelli beim Papste von einem Tag auf den andern. Für das Ministerium genügte es aber, aus diesem zurückweichenden Verhalten Roms den Beweis von dessen Abgeneigtheit, wesentliche Zugeständnisse zu machen, erhalten zu haben, und mit diesem Beweise in der Tasche traten sie vor den Kaiser, verlangten und erwirkten die eventuelle Sanction für die oft genannten Gesetze auch für den Fall, als Rom fortführe, sich zu sperren.

Zur Würdigung dieser „Geschichtschreibung der bewegten Geschichte unserer Tage“ mögen folgende Bemerkungen dienen:

Daß die Verhandlungen mit Rom in dem Rothbuch keinen Platz fanden, erklärt sich allein schon dadurch, daß dergleichen Publicationen wohl über abgeschlossene, nicht aber über schwebende Verhandlungen sich zu verbreiten haben, namentlich dann, wenn solche Verhandlungen der Lösung einer schwierigen und verwickelten Differenz gelten.

Es konnte aber um so weniger davon im vorliegenden Fall die Rede sein, als zur Zeit der Zusammenstellung des Rothbuches eigentliche Verhandlungen noch gar nicht stattgefunden hatten. Der Minister des Aeußern, welche bis zu Ende des verwichenen Jahres zugleich Ministerpräsident war, unterließ absichtlich in der Voraussicht des demnächst eintretenden parlamentarischen Ministeriums, Verhandlungen mit Rom zu eröffnen, um nicht den ohnedies bestehenden Schwierigkeiten noch die Möglichkeit hinzuzufügen, ein in Rom erzieltetes Resultat von dem definitiv constituirten Ministerium nicht angenommen und den Conflict durch eine diplomatische Compromission verschärft zu sehen. Inmittlest hatte sich auch der Abgang des neuen Botschafters verzögert. Derselbe ging Mitte December nach Rom ab, versehen mit ausführlichen Instructionen, die ihn in den Stand setzten, die Lage der Dinge in Oesterreich und die damit im Zusammenhang stehenden constitutionellen Anforderungen anschaulich zu machen und auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, das bestehende Concordat durch eine den Verhältnissen der Zeit und den verfassungsmäßigen Bestimmungen entsprechende Vereinbarung zu ersetzen. Die Audienz bei Sr. Heiligkeit wurde nicht von Tag zu Tag verschoben, sondern wurde dem Botschafter am 31. December gewährt. Dem Botschafter wurde hiernächst zu erkennen gegeben, daß man eine präcise Angabe derjenigen Bestimmungen des Concordats vermissen und zu erwarten habe, deren Beseitigung oder Abänderung hierselbst beansprucht werden. In Bezug auf Anerbietungen bezüglich der Kirchengüter ist dabei nicht die leiseste Andeutung gefallen.

Nachdem nun gleichzeitig das Ministerium ernannt und in Function getreten war, richtete der Minister des Aeußern an den Minister des Cultus und öffentlichen Unterrichts das Ersuchen, ihn in den Stand zu setzen, obigem Verlangen zu entsprechen. Letzterer hielt darüber dem Ministerrath Vortrag und in Folge der dort gepflogenen Beratungen und gefaßten Beschlüsse gelangte an den Minister des Aeußern eine ausführliche schriftliche Mittheilung, welche im Ministerium des Aeußern unverändert in französische Form gebracht und vor dem Abgange dem Minister des Cultus und öffentlichen Unterrichts zur Einsicht vorgelegt, dann aber dem Botschafter mit der Weisung zugesendet wurde, jenes Exposé dem Cardinal-Staatssecretär zur Prüfung und Auslassung vorzulegen. Daß dabei die Forderung einer vorausgehenden Zustimmung des h. Stuhles zu hiesigen überdies noch in der Verhandlung begriffenen Gesetzen gestellt worden sei, wird der Unbefangene nicht voraussetzen, eben so wenig als die am Schluß erwähnte Einholung einer allerhöchsten eventuellen Entschließung.

Hienach dürften wir nicht zu viel gesagt haben, indem wir die ganze Mittheilung vom Anfange bis zum Ende als auf Erdichtung beruhend bezeichneten.

Oesterreich.

Wien, 6. März. (Die Reichsrathsdelegation) berieth heute über das Extra-Ordinarium des Kriegsministeriums. Groß findet 850.000 Hinterlader für genügend, ein neues Befestigungssystem für unzumuthbar und unnöthig. Wienburg betonte die Nothwendigkeit einer achtunggebietenden Stellung Oesterreichs. Reichbauer erklärte, bei der jetzigen Lage Europa's mit schwerem Herzen für die Ausschufsanträge stimmen zu müssen. Der Kriegsminister weist die Nothwendigkeit von 925.000 Hinterladern nach, bittet um die Ermächtigung, die gestrichenen 75.000 Gewehre im Laufe des Jahres bestellen zu dürfen. Ziemiakowski's Antrag auf Einstellung derselben in das diesjährige Budget wurde mit 25 gegen 24 Stimmen abgelehnt und die Ausschufsanträge nebst der Resolution Skene's angenommen: der Regierung zu empfehlen, für die Nachschaffung der 75.000 Hinterlader rechtzeitig zu sorgen.

6. März. (Transleithanische Delegation.) Czengery's Reserat über das Ministerium des Aeußern wird in der Generaldebatte genehmigt. Verschiedene Amendements auf Streichung mehrerer Beträge, sowie auf Streichung der zweipercenigen Intercalares werden in der Specialdebatte abgelehnt.

9. März. (Der confessionelle Ausschuß des Herrenhauses) hat die Berathung des Schulgesetzes vollendet. Die Vorlage ist genau in der Fassung des Unterhauses angenommen worden. Alle Amendements des Grafen Hartig und Professors Dr. Miklosich wurden verworfen. Die Debatte im Plenum des Herrenhauses über das Ehegesetz wird wahrscheinlich Ende dieser Woche beginnen.

7. März. (Neue politische Organisation.) Das „N. Frdbl.“ schreibt: Wie bereits mitgeteilt, hatte Graf Taaffe, als er noch Leiter des Ministeriums des Innern war, unter Mitwirkung des Ministerialrathes Stählin die Grundzüge einer politischen Organisation der Behörden entworfen und war darüber dem Kaiser bereits Vortrag erstattet worden; beim Amteantritte des Dr. Biskra jedoch wurde diesem die Angelegenheit zum Zwecke der Begutachtung und Ueberprüfung übergeben. Dr. Biskra hat das Elaborat einer Umarbeitung unterzogen und den Entwurf der neuen Organisation bereits vollendet, welcher demnächst dem Reichsrathe als Regierungsvorlage zugewiesen werden wird. Unter Belcredi war bekanntlich in Galizien, Salzburg

und Krain eine neue politische Bezirkseinteilung durchgeführt worden, welche jetzt aufgehoben wird, nachdem die neue politische Organisation der Behörden alle Kronländer in gleichem Maße umfassen soll. Freiherr von Laffer, der bereits in Innsbruck eingetroffen ist, hat in den letzten Tagen vor seiner Abreise an der Feststellung des für Tirol bestimmten Statuts regen Antheil genommen und stand ihm zu diesem Zwecke noch aus der Zeit seiner Amtsthätigkeit als Verwaltungsminister entsprechendes Material zu Gebote.

6. März. (Se. Majestät der Kaiser) hat gestern der Opernvorstellung im Nationaltheater beigewohnt. Se. I. Hoheit der Erzherzog Albrecht reiste heute Morgens nach Wien zurück.

Ugram, 6. März. (Bei der heutigen Gemeinderathswahl) des ersten Wahlkörpers des zweiten hauptstädtischen Bezirkes haben gleichfalls die Candidaten der Unionspartei die Majorität erlangt. Mit dem heutigen Tage sind die Gemeinderathswahlen beendet.

Rusland.

Berlin, 6. März. (Italienische Küstungen.) Die „Kreuzzeitung“ will wissen, daß die italienische Regierung bedeutende Ankäufe zu militärischen Zwecken mache. In ausgedehntester Weise mache sie diesfällige Bestellungen; so habe sie allein Auftrag zur Anfertigung von hundert Millionen scharfen Patronen gegeben, was mit der angeblichen Sparsamkeit der italienischen Finanzverwaltung nicht übereinstimme.

Berlin, 6. März. (Die Einberufung des norddeutschen Bundesrathes) meldet der „Staatsanzeiger“ für den 7. März und die des Reichstages für den 23. März. Den Berufungs-Verordnungen geht ein Bericht des Bundeskanzlers an den König voraus, in welchem die Abänderung der anfänglich beschlossenen Reihenfolge (Zollparlament 20. März, dann Reichstag) durch die Verzögerung der Zollparlamentwahlen in Würtemberg und Hessen motivirt wird.

Florenz, 5. März. (Die Diplomatie. — Der Zwangscours. — Deputirtenkammer.) Der „Corriere italiano“ bestätigt, daß dem Marquis Pepoli der Botschafterposten in London angetragen wurde. In Bezug auf die Ernennung Visconti-Benosta's für den Gesandtschaftsposten in Wien ist noch nichts bestimmt. Man versichert, daß große Veränderungen in dem Personale der italienischen Diplomatie bevorstehend seien. — Nach demselben Blatte hat gestern eine Versammlung von Mitgliedern der Kammer-Majorität stattgefunden, um sich mit der Frage wegen Aufhebung des Zwangscourses zu beschäftigen. Man glaubt, die Versammlung habe beschlossen, daß eine in zehn Jahren tilgbare Anleihe mit einer Garantie auf die Kirchengüter im Auslande abzuschließen sei. Man glaubt, der Finanzminister werde demnächst das Project wegen Aufhebung des Zwangscourses mittels einer großen Finanz-Operation im Auslande ankündigen.

In der heutigen Sitzung beschloß auf Verlangen des Präsidenten die Kammer für Montag den Wahlsteuer-gesetzesentwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Hierauf wird die Debatte über den Zwangscours wieder aufgenommen. Rattazzi beendigt seine Rede, indem er dem Antrage Pescatore's beitrifft, den Notenumlauf zu beschränken, was die Aufhebung des Zwangscourses erleichtern würde. Der Finanzminister antwortet einigen Rednern, und sagt, der Ertrag der Veräußerung der Obligationen auf die Domainen und Kirchengüter belaufe sich auf 63 Millionen und der Ertrag des Verkaufes der Güter selbst auf 40 Millionen. Er erkennt die Nothwendigkeit an, den Zwangscours so bald als möglich aufzuheben, und sagt, daß man nach Einführung des Zwangscourses 135 Millionen an Agio Verlust hätte. Hierin seien andere Schäden nicht mit inbegriffen, die man nicht berechnen könne. Er bestätigt, daß die Schuld an die Bank 378 Millionen betrage mit Inbegriff von 100 Millionen an Vorschüssen. Er bemerkt, daß, wenn man jetzt selbst diese Schuld abzahlen würde, dennoch der Zwangscours nicht unverweilt aufhören könnte, da man 501 Millionen braucht. Er glaubt, man könne auch für den Augenblick zu einer Zwangs-anleihe zu diesem Zwecke nicht die Zuflucht nehmen, da es nothwendig sei, früher zu sehen, welche andere Mittel zur Begegnung des Deficits werden votirt werden. Er bekämpft das Project einer Emission von Staatspapiergeld an Stelle der Banknoten. Er hält das vollständige Gleichgewicht im Budget zur Aufhebung des Zwangscourses nicht gerade für nothwendig, wohl aber eine Annäherung zum Gleichgewichte. Er bekämpft schließlich das Project, den Zwangscours vor Votirung der Steuern aufzuheben.

London, 5. März. (Unterhaus-sitzung.) Disraeli, allseitig begrüßt, erklärt, er nehme die Premierschaft an, indem er auf den Beistand seiner Collegen und den Edelmut des Parlaments vertraue. Die Politik Lord Derby's werde auch die seinige bleiben; nach auswärts eine friedliche, keine selbstfüchtige und isolirte, sondern allseitig wohlwollende und die Erhaltung des Weltfriedens anstrebende; die innere Politik wahrhaft liberal, Unzeitgemäßes reformirend und Werthvolles bewahrend. Der Ausnahmezustand Irlands werde hoffentlich ehestens aufhören. Die Details über die Politik der Regierung in Bezug auf Irland werden Dienstag dem Hause mit-

getheilt werden. In der Sitzung des Oberhauses theilt Lord Malmesbury Ähnliches mit.

Bukarest, 5. März. (Umsturz in der Kammer.) Gestern interpellirte der Deputirte Nicolesco das Ministerium bezüglich eines etwa beabsichtigten Staatsstreiches. Die Majorität ließ Nicolesco nicht zu Worte kommen und beschloß, daß dessen Rede nicht in das Protokoll aufgenommen werde.

Washington, 5. März. (Der Senat) hat sich als Gericht constituirt, um den in Anklagestand versetzten Johnson zu richten. Chase wurde zum Präsidenten dieses Gerichtshofes gewählt.

Locales.

(Zentrale der Nationalbank.) Die Bankdirection hat den Herrn Josef Kuschar zum Censor bei der Bankfiliale in Laibach ernannt.

(Wetterlaunen.) Nachdem in der vorangegangenen Nacht ein prächtig klarer, sternenheller Himmel war, trübte er sich gestern wieder völlig und drohte zeitweise mit Regen; kurz nach Mittag härmte es bei empfindlicher Kühle und gelichtetem Himmel ziemlich bestig; gegen Abend wieder ruhige Luft und angenehme Temperatur.

(Die Vorführung der Oper Dinorah) von Meyerbeer am verfloffenen Samstag kann im Ganzen als eine gelungene bezeichnet werden, insbesondere gilt dies für die Leistung Hrn. Podhorsky's als Hoel, während die stimmliche Indisposition der Fr. Stala-Borzaga den Eindruck der Oper in bedauerlicher Weise abschwächte.

(Gesunden.) Am 6. d. M. wurde in der Herrengasse eine silberne Armbuhr gefunden. Der Verlustträger wolle sich diesfalls beim Stadtmagistrate anfragen.

(Krankenstand im allgemeinen Krankenhause im Monate Februar 1868.) Am Schlusse des Monats Jänner sind in der Behandlung geblieben 390 Kranke, 174 Männer und 216 Weiber. Zugewachsen sind im Monate Februar 107 Männer und 82 Weiber. Behandelt wurden 579 Kranke, 281 Männer und 298 Weiber. Entlassen wurden 180 Personen, 101 Mann und 79 Weiber, so verblieben in der Behandlung 387 Kranke, 172 Männer und 215 Weiber.

Gemeinderathssitzung vom 7. März.

Der Vorsitzende scheint die Sitzung gleich vom Beginne an als eine geheime betrachtet zu haben, in der Voraussetzung, daß der dem Magistratsdiener ertheilte Auftrag, niemanden in den Sitzungssaal einzulassen, hierzu genüge. Doch wurde erst nach Verlesung des von der Landesregierung mitgetheilten Polizeiapportes über den bekannten Sotolstener, und der Note des hiesigen Landesgerichtes über die diesfalls gepflogenen gerichtlichen Erhebungen, über Antrag Dr. Tomans den Beschluß auf eine geheime Sitzung vom Gemeinderathe gefaßt.

Die ganze Verhandlung bot einzelne bewegte Momente dar und dauerte von 5 bis halb 9 Uhr.

Die Anfrage der Landesregierung an den Gemeinderath lautet dahin, ob er es mit seinen Pflichten vereinbar finde, mit Bezug auf die ihm nunmehr mitgetheilten Thatsachen, welche die Suspendirung Dr. Costa's zur Folge hatten, die Handhabung der Localpolizei, wie sie vor dem 25. September stattfand, unbeanstandet fortbestehen zu lassen, und ob er nicht etwa die am 6. Februar gefaßten Beschlüsse zu modificiren gedente.

Zuerst gelangte der von der vereinten Rechts- und Polizeidirection mit 6 Stimmen gegen 3 gefaßte Majoritätsbeschluß auf Vertagung der Angelegenheit bis zur Beendigung der gerichtlichen Schlussverhandlung über den Sotolstener, zur namentlichen Abstimmung, er wurde mit 15 gegen 12 Stimmen verworfen. Der bezügliche Bericht geht auf den von der Regierung aufgestellten ersten Fragepunkt ausführlich ein mit genauer Angabe der durch das Gemeindestatut gebotenen, vom Gemeinderathe zu bestellenden Controlmaßregeln im Falle der Wiedereinführung des Bürgermeisters in seine Functionen. Der Minoritätsantrag der Section, dahin lautend, daß der Gemeinderath bei seinen am 6. Februar gefaßten Beschlüssen verharre und die Regierung neuerdings um die Wiedereinführung des Bürgermeisters in seine Functionen anzufragen sei, wurde mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Minorität des Gemeinderathes hatte zugleich den Antrag gestellt, daß sowohl der Majoritäts- als der Minoritätsbericht der Section dem Protokolle angegeschlossen werde, welchem Begehren über Antrag des Dr. Tomans von der Majorität des Gemeinderathes keine Folge gegeben wurde. Gegen diesen Vorgang gab die Minorität von 12 Gemeinderäthen ihren Protest zu Protokoll.

Neueste Post.

Wien, 7. März. In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation wurde der Antrag Pratoberera's angenommen, welcher entgegen dem Ausschufsantrage auf Bewilligung von 672.440 fl. für Neubauten bei Festungswerken, den Betrag von 996.000 fl. befürwortet. Der Kriegsminister dankte hierbei für die bewilligte Summe zur Anschaffung der neuen Waffen und sagte, die Armee werde die bewilligten Waffen in dem Falle, als die constitutionelle Entwicklung Oesterreichs muthwillig gestört würde, zu gebrauchen wissen. Die Delegation erledigte das Extraordinarium, indem sie 26,181.674 Gulden bewilligte. Die „Oesterreichische Correspondenz“ erfährt aus Florenz, daß nach Wien vertrauliche Andeutungen wegen der Ernennung Pepoli's zum Gesandten am kaiserlichen Hofe ergangen seien.

Wien, 7. März. Die ungarische Delegation genehmigte in der heutigen Sitzung die Ausschufsanträge bezüglich der Beibehaltung der Gesandtschaft in Sachsen und des Botschafterpostens in Rom. In der zweistündigen Debatte über diesen Gegenstand verwarf sich der Vertreter der Regierung, Hofrath Falke, gegen die Ansicht, daß die Erhaltung des Botschafterpostens in Rom als eine feindliche Absicht gegen Italien betrachtet werden könne. Zwischen Italien und Oesterreich bestehe gegenwärtig das beste Einvernehmen, und auf die fernere Aufrechthaltung desselben werde das größte Gewicht gelegt. Der Redner verwahrt sich gegen den Ausdruck, die österreichische Politik nach Außen habe sich angeblich nicht geändert; er bezeichnet diese als eine an die Interessen der Völker streng sich haltende und durch das Princip geleitete Politik, der austro-ungarischen Monarchie den notwendigen Frieden mit allen Mitteln zu erhalten.

Prag, 7. März. (Pr.) Prinz Napoleon reist auch nach Sachsen, um den König zu besuchen, dann über Wien. Logis für den Prinzen sind in Prag bereits bestellt.

Peft, 7. März. (Pr.) Einen heute für Böszörményi bestimmten Fackelzug untersagte der Bürgermeister, das Verbot damit motivirend, daß dies eine Demonstration gegen den Reichstag und gegen das Urtheil der Geschwornengerichte wäre. Ein Artikel des Hirnök plaidirt dafür, der Reichstag möge Kossuth einen Präklusivtermin stellen, binnen welchem Kossuth sich verpflichte, zurückzukehren und die Landesgesetze zu achten, oder den Landesgesetzen schriftlich zu huldigen. Wenn Kossuth Weides verweigert und sich solcherweise als Feind unserer Landesgesetze declarirt, so möge der Reichstag gesetzlich bestimmen, wie sich denjenigen gegenüber zu verhalten sei, welche Kossuth's Namen zu Aufreizungen benützen.

Florenz, 7. März. Man meldet aus Rom, daß die Heirat des Grafen Caserta, Bruder des Königs Franz, mit der Prinzessin Marie, Tochter des Grafen Trapani, geschlossen wurde.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 7. März. Spec. Metalliques 57.20. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.20. — Spec. National-Anlehen 65.55. — 1860er Staatsanlehen 82.70. — Bankactien 706. — Creditactien 187.60. — London 116.10. — Silber 113.75. — R. f. Ducaten 5.55.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Zur Arbeiterfrage. Das Handelsministerium hat den Handelskammern eröffnet, daß die Daten, welche die im Jahre 1851 über die Arbeiterverhältnisse angeordnete Enquete geliefert hat, gegenwärtig unbrauchbar sind, daß aber eine möglichst genaue Kenntniß der bestehenden Verhältnisse der (unselbständigen) Arbeiterbevölkerung unabweisbar notwendig ist. Wenn seitens der Regierung geeignete und wirksame Maßregeln in der Arbeiterfrage ergriffen werden sollen. Um einen vollen Einblick in die Arbeiterverhältnisse der verschiedenen Erwerbszweige in den einzelnen Theilen des Reiches zu erhalten, beauftragt das Handelsministerium neue Daten und müssen die gleichzeitig angeordneten Erhebungen einerseits a) die Zahl der Arbeiter, b) die Stütz-, Tag- und Wochenlöhne, c) die Lebensmittelpreise und d) den Verdienst der Familienglieder der Arbeiter, andererseits aber jene Vorkehrungen umfassen, welche von Corporationen und Gemeinden oder von Arbeitsgebern entweder allein, oder mit Beiziehung der Arbeiter getroffen sind, um den Arbeitern die Existenz zu erleichtern und sie in Krankheits- oder Unglücksfällen zu unterstützen. Im Zusammenhange damit steht der Nachweis über Unterrichts- und Bildungsanstalten der Arbeiterkinder, so wie über Arbeiter-Fortbildungsanstalten. Schließlich kommen jene Arbeiter-Vereine in Betracht zu ziehen, welche ohne Beirathung seitens der Arbeitsgeber, Corporationen und Gemeinden durch eigene Mittel im Wege der Selbsthilfe für ihre hilfsbedürftigen Mitglieder sorgen. Zu diesem Behufe hat das l. Handelsministerium allen Kammern drei Fragen-Schemata zur Vervielfältigung und Verbenbung an die Fabrikfirmen und Corporationen des Landes bis 15. April l. J. mit dem Befehle angeordnet, daß die politischen Landesstellen unter Einem beauftragt worden sind, die Bezirksbehörden in dieser Angelegenheit zur kräftigsten Unterstützung der Kammern anzuweisen.

Laibach, 7. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 25 Wagen und 6 Schiffe (10 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another Unit. Items include Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbschrot, Heiden, Hirse, Kufenzug, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Fisoln, Rindschmalz, Schweinschmalz, Speck, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpffleisch, Häbndel, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, Wein, Eimer.

Angelkommene Fremde.

Am 6. März. Stadt Wien. Die Herren: Frenzer, von Kolln. — Prodnyg, Papierfabricant, von Ratschach. — Jugobdy, Kaufmann, von Straßisch. — Grünblatt, Kaufm., von Wien. Elephant. Herr Reisinger, Postmeister, von Kronau.

Theater.

Heute Montag: Prinzessin Montpensier. Schauspiel in 5 Acten von Brachvogel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Day, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in vacuo, Lufttemperatur nach Reaumur, Windrichtung, Windstärke, Niederschlag in Linien. Data for days 6, 7, 8, 10.

Den 7. : Reif. Heiterer sonniger Tag, große Klarheit der Luft — Den 8. : Reif. Vormittag heiter. Nachmittag zunehmende Bewölkung. Windig. In der Nacht vom 8. auf den 9. Gewitter um 2 Uhr, dann dichter Schneefall. Das Tagesmittel der Wärme am 7. um 0.5, am 8. um 1.7° höher als das Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Klerumabr

Börsenbericht.

Wien, 6. März. Staatsfonds vernachlässigt, Lose aber und Industriepapiere besser bezahlt. Devisen und Valuten feier gefragt. Geld flüchtig. Geschäft limitirt.

Large table with multiple columns: Public Debt (Öffentliche Schuld), Gold Waare, Nationalbank, Credit-Anstalt, etc. Includes sub-sections for Wechsel and Cours der Geldsorten.